



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Vorgangs, daß die betreffenden Ehrenworte ihre ursprüngliche Bedeutung verlieren und zu wertlosen Klangmünzen werden. Man kann genau dasselbe bei der neuerdings so eifrig betriebenen staatlichen Verleihung irgend eines Titels oder „Charakters“ an ganze, bisher davon ausgeschlossene Beamtenklassen — natürlich unter entsprechender „Aufbesserung“ der nächsthöheren Klasse — beobachten. Das Drollige dabei ist, daß für den Einzelnen in Wahrheit gar keine Erhöhung stattfindet; er steht auf derselben Stufe und in demselben Verhältnis zu dem Ganzen, wie er bisher stand — es findet nur eine Wertveränderung der Wörter statt. Da aber zu dieser Erkenntnis schon so etwas wie Nachdenken gehört, so ist kaum anzunehmen, daß sie die Freude und das Streben derer, die überhaupt auf den Besitz eines leeren Titels Wert legen, beeinträchtigen wird. Und so wird wohl auch das „gnädige Fräulein“ auf dem Wege, der es von seiner ursprünglichen Stellung als Vorrecht der Fürstentöchter (so noch im fünfzehnten Jahrhundert) jetzt bis an die untern Grenzen des Bürgertums geführt hat, weiterschreiten, bis es bei der Viehmagd angekommen ist. Man kann einigermaßen darauf gespannt sein, welche Anekdote dann unsere bürgerlichen Mädchen übernehmen werden, damit man sie nicht mit dem — gnädigen Fräulein verwechselt. Die wahre Höflichkeit, die in dem neufranzösischen Monsieur, Madame und Mademoiselle für alle Stände liegt, wird wohl bei uns erst erreicht werden, wenn die deutsche Sprachmünze ihre Prägekraft für diesen Bedarf völlig erschöpft hat und man aus der Not eine Tugend macht. Möglich, daß dann sogar Wielands „Jungfer“ wieder zu Ehren kommt!



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Wohin aus? An alle Fakultäten diese Frage! hieß es früher, wenn ein Problem als eine recht harte, schwer zu knackende Nuß erschien. Auch bei Fragen, die tief ins praktische Leben eingriffen, hielt man, sobald eine theoretisch befriedigende Lösung gefunden war, den wesentlichen Teil der Aufgabe für erledigt. War das richtige Mittel zur Abhilfe irgend eines Mißstandes in überzeugender Weise nachgewiesen, so konnte das übrige der Staatsgewalt und den im bestimmten Falle berufenen Organen des Staats getrost überlassen bleiben.

Seitdem aber die politischen Parteien, durch deren Verhalten der Gang der Gesetzgebung bestimmt wird, in wesentlichen wirtschaftliche Interessenvertretungen geworden sind, kommt bei Maßnahmen von weittragender wirtschaftlicher und sozialpolitischer Bedeutung nicht sowohl in Frage, ob sie dem Wohl des Ganzen dienen, als vielmehr, ob sich für sie eine Verbindung besondrer Interessen finden läßt, durch die eine parlamentarische Mehrheit gesichert erscheint. Erfolgreich nennt man eine Regierung, die Mehrheiten für sich zu gewinnen vermag. Durch welche Mittel und wofür, das ist die geringere Sorge. Ja selbst wenn sich vielleicht heraus-

stellen sollte, daß von den verbundnen Mehrheitsparteien die einen für ein Gesetz gestimmt haben, weil sie dadurch den bestehenden, ihnen zuzagenden Zustand zu erhalten und zu befestigen glauben, die andern „aus Bosheit,“ weil sie auf diesem Wege um so rascher zum allgemeinen Umsturz zu gelangen hoffen, so pflegt die „Sieger“ eine solche Wahrnehmung nicht sonderlich anzufechten.

Daß sich diese Gesichtspunkte weit über das erheben, was sich als Kritik des „alten“ oder des „neuen Kurjes“ zu geben pflegt, liegt für den einsichtigen Leser auf der Hand. Es ist die Rede von einem Verhängnis. Die Gesamtentwicklung der Dinge hat einen Lauf genommen so tiefwühlend, so breit sich ergießend, so ungestüm dahinbrausend, daß es eine mißliche Bewandnis hat mit Bildern von Leitung und Lenkung, die wohl auf ein Dahingleiten mit sanft geschwelltem Segel und über leise gekräuselte Fläche ihre Anwendung finden mögen.

Zeitungen, die der gegenwärtigen Reichsregierung sehr nahe stehen, nehmen keinen Anstand, unumwunden auf eine wirtschaftliche Lage hinzuweisen, die in immer vergrößertem Maße soziale Mißstände schafft, schaffen muß, und aus der sich doch kein Ausweg entdecken läßt, ohne daß gänzlich veränderte Grundlagen gesucht oder geschaffen werden für die Ordnung des wirtschaftlichen Lebens der Nation. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung berichtet (Nr. 115 vom 9. März) über den vom Freien deutschen Hochstift zu Frankfurt am Main am 8. Oktober v. J. veranstalteten Kongreß, auf dem dreiunddreißig Redner, lauter Fachmänner aus der Praxis oder Theorie, ihre Ansicht kundgaben über Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung in den Industrie- und Handelsstädten. Der Verfasser des Aufsatzes ist offenbar selbst in hervorragendem Maße fachkundig auf diesem Gebiet; Anordnung und Stil lassen eine amtliche Feder erkennen. Und was hebt dieser fachkundige Beamte hervor? Erstens, daß die Ansichten der Redner über Gründe und Wesen der in immer bedrohlichern Formen auftretenden Arbeitslosigkeit nach allen Richtungen hin auseinandergingen, in dem einen Punkte aber übereinstimmten, daß ein Mittel, die Arbeitslosigkeit aus der Welt zu schaffen, bei der heutigen Produktionsweise nicht zu finden sei. Dann werden als besonders wertvoll zwei Referate angeführt, das eine von einem Praktiker herrührend, dem bekannten sozialdemokratischen Schreiner Klotz in Stuttgart, das andre eine theoretisch-philosophische Erörterung über den Schutz des Staats gegen die Folgen des wirtschaftlichen Elends von dem Kieler Professor Tönnies. Von dem Sozialdemokraten wird gesagt, er habe in „höchst interessanter Beleuchtung“ die ständige Arbeitsnot auf die Produktion selbst zurückgeführt, und seine Schlußfolgerung sei dahin gegangen, daß Notstandsarbeiten wohl die schreiendsten Mißstände beseitigen könnten, daß aber das Übel der Arbeitslosigkeit selbst dadurch nur überdeckt werde; um es zu entfernen, müsse die Produktion, statt der Bereicherung einzelner zu dienen, ihrem Zwecke, der Erhaltung der Gesellschaft, zugeführt werden. Wie merkwürdig konservativ das klingt im Munde eines Revolutionärs, und doch bleibt jeder Gedanke an Ironie fern! Hochinteressant ist jedenfalls auch der Professor gewesen. Wir stehen, sagte er, mitten in der Thatfache, daß die Produktivkräfte ihrer Leitung über den Kopf gewachsen sind. Mit andern Worten: wir stehen mitten in einer wirtschaftlichen Anarchie, gegen die alle Organisationsversuche nichts mehr ausrichten können. So schnell giebt sich aber ein Professor nicht verloren, er hat noch eine Formel der Gesellschaftsrettung: „Die Selbstversorgung mit Lebensmitteln ist nationale Lebensfrage.“ Daher sollen die Großindriegemeinden Deutschlands sich zu einem Bunde zusammenthun, um einen Apparat für „soziale Landwirtschaft“ mit Reihendienst industrieller Arbeiter herzustellen.

Der Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung schließt mit dem Urteil, daß der Plan der Kieler Fakultät in absehbarer Zeit kaum Aussicht habe, praktisch zu werden. Vielleicht käme es aber nur auf den Versuch an. Wer weiß, ob nicht ein Gesetzesentwurf, der den für die Industriebevölkerung erforderlichen Roggen- und Kartoffelbau von Staats wegen den Magistraten der Großgemeinden überträgt, im Hinblick auf die „absehbare“ Konstellation der Parteien doch nicht so ganz aussichtslos wäre — wenigstens wenn dabei klar gemacht werden könnte, daß damit der natürlich erwachsenen Organisation der Landwirtschaft wieder ein tüchtiger Puff in die Rippen versetzt würde.

Die freisinnige Logik erscheint vielen Leuten unverständlich, und sie ist doch so durchsichtig, sowie man einmal erkannt hat, daß sie stets einen Vorbehalt macht, ungefähr nach dem Muster: „den Bürgermeister ausgenommen.“ Z. B. einen politischen Charakter nennt man den Mann, der von dem Augenblick an, wo ihm der Bart zu sprießen begann, bis zu seinem letzten Atemzuge immer dieselbe Ansicht ausspricht; Vorbehalt: vorausgesetzt, daß es die Ansicht des Freisinnigen ist. Der Übergang von einer Partei zu einer andern ist daher etwas ganz verächtliches; vorausgesetzt, daß nicht etwa einer seinen früheren Irrglauben abschwört und sich zum alleinseligmachenden Freisinn bekehrt. Politische Moral und Anstand fordern, daß nach dem Sturze eines leitenden Staatsmanns auch seine nächsten Gehilfen sich zurückziehen; vorausgesetzt, daß der Gefallene nicht Bismarck heißt, denn in diesem Falle haben die, die er erhoben und mit seinem Vertrauen beehrt hatte, sich zu erinnern, daß sie nur dem Staate dienen und ihm nicht besser dienen können, als indem sie dem ehemaligen Minister schleunigst den Rücken kehren. Ein Abgeordneter darf für seine Reden und Abstimmungen nicht zur Verantwortung gezogen werden, das ist unumstößlicher Grundsatz; vorausgesetzt, daß einer nicht gegen den russischen Handelsvertrag gestimmt hat, denn einem solchen muß, da er leider nicht strafrechtlich verfolgt werden kann, auf jede andre Weise, durch Zurücksetzung u. s. w. der Standpunkt klar gemacht werden.

Dies alles ist, dünkt uns, sehr verständlich. In wirklich glänzender Weise finden wir die freisinnige Logik angewandt in einer Besprechung von Lothar Buchers kleinen Schriften in der Deutschen Rundschau. Da werden dem Unglücklichen noch einmal alle seine Todsünden vorgehalten: daß er, als Bewunderer des Parlamentarismus nach England gekommen, eben dort zu dessen Gegner wurde und charakterlos genug war, seine durch Beobachtung und Studium gewonnene neue Überzeugung zu bekennen und zu begründen; daß er die Vorstellungen des festländischen Liberalismus von der englischen Rede- und Pressefreiheit zu berichtigen unternahm und auch da wieder sich nicht begnügte, Behauptung gegen Behauptung zu stellen, sondern für die feine unansehbare Beweise vorzulegen; daß er seine „fein zugespitzte Feder,“ seine „teils wirkliche, teils scheinbare Belesenheit“ einem Bismarck zur Verfügung stellte, und was der Unthaten mehr sind. Vergebens sucht sich der Politiker und Volkswirt der Rundschau zu erklären, wie ein Mann von so wenig korrekter Denkart überhaupt „in die Politik gekommen“ war. Am unverzeihlichsten aber ist es, daß sich Bucher herausnahm, nachzuweisen, mit welcher unglaublichen Verblendung sich viele Deutsche dem Cobdenklub angeschlossen, dessen Zweck doch nach seines Gründers Eingeständnis der war, die Weltherrschaft des englischen Fabrikanten und Kaufmanns zu befestigen. Der Ausruf „ruft Erinnerungen wach, die wir leider begraben lassen sein möchten.“ (Gehört der Kritiker vielleicht zu den „Ehrenmitgliedern“ des Cobdenklubs? Dann wäre ihm sein Ingrimme aller-

dings nicht zu verargen.) Mit einem Worte: gut, daß der Mann tot ist! Denn, wie bei Besprechung des „Parlamentarismus“ treffend bemerkt wird, „die bittere Beurteilung Englands macht auch heute noch Glück bei uns.“ Mehr noch: heute in höherm Grade als vor vierzig Jahren. Das muß freilich jeden Wiedermann tief betrüben.

Zur Frauenfrage. Der Artikel in Nr. 11 der Grenzboten hat in den meisten Punkten den Nagel auf den Kopf getroffen. Nur hat sich der Verfasser den Weg zur Lösung der Frauenfrage zu schwierig und die vorhandnen Mißstände zu arg gedacht. So schlimm ist es glücklicherweise in Deutschland doch noch nicht, daß „in unserm gebildeten, aber wirtschaftlich wenig besetzten Mittelstande von hundert Mädchen höchstens zwanzig heiraten.“ Auch in keinem andern Lande, aus dem statistische Nachweise vorliegen, ist es so weit gekommen. Wäre dies der Fall, so würde es eine inhaltlose Phrase sein, daß „die einzig wirkungsvolle Lösung der Frauenfrage in der Ehe liege.“

Es soll hier nichts von dem wiederholt werden, was in dem Artikel in Nr. 11 gut und zutreffend gesagt ist, aber es soll der Hintergrund des Artikels, der so düster ist, daß wenige Leser den Optimismus des Verfassers werden verstanden haben, auf Grund des amtlichen Zahlenmaterials richtiger gezeichnet werden.

Wie steht es heute mit den Heiratsaussichten unsrer Mädchen? Viel, viel besser, als es unsre Frauenführerinnen darstellen, aber allerdings lange nicht so gut, als man wünschen müßte. Im Jahre 1891 verheirateten sich in Deutschland 399 398 Mädchen und Witwen. Nun waren bei der Zählung von 1890 397 223 25 jährige, 403 614 26 jährige, 390 942 27 jährige, 371 425 28 jährige, 342 314 29 jährige u. s. w. weibliche Personen vorhanden. Im Alter von 25 Jahren wurde also ein ganzer Jahrgang weggeheiratet. Annähernd so ist es, mit Ausnahme der Jahre der wirtschaftlichen Depression (1880!), immer gewesen. Rein theoretisch betrachtet, würde es also ledige Mädchen von mehr als 25 oder 26 Jahren nicht mehr geben. Und die gäbe es auch nicht, wenn nicht viele Mädchen vor dem 25. Jahre eine Ehe eingingen und ein großer Teil der Witwen sich nicht zum zweiten und drittenmale verheirateten. Wenn ein despotischer Wille jede Heirat vor dem vollendeten 25. Jahre verbieten dürfte, ohne dadurch die Heiratslust herabzudrücken, so gäbe es nach 8 bis 10 Jahren in Deutschland keine alten Mädchen mehr. Heute ist die Zahl der über 30 Jahre alten Frauen (1266101) etwa ebenso groß als die der Verheirateten unter 30 Jahren (1206257), der Ausgleich findet also erst fünf Jahre später statt.

Diese Zahlen sagen aber wenig, wenn von der Versorgung durch die Ehe die Rede ist. Ein großer Teil der Ehen wird nach kurzer Zeit durch den Tod gelöst, und die Frau bleibt mit einer Anzahl von Kindern zurück. In Berlin hatten 1892 von 4376 durch den Tod des Mannes gelösten Ehen 655 eine Dauer von 0 bis 5, 633 von 6 bis 10, 537 von 11 bis 15 und 708 von 16 bis 20 Jahren. Es wurden also 2533 Ehen = 58 Prozent in den beiden ersten Jahrzehnten durch den Tod gelöst, und den Frauen stand ein Versorger nur für einen kleinen Teil der Lebenszeit zur Seite, sie mußten bald wieder neben der Verwaltung des Hauswesens zum Erwerb greifen oder eine neue Ehe eingehen.

Die Zahl der lebenslang ledig bleibenden und in einem Berufe zu versorgenden Mädchen wird in agitatorisch abgefaßten Frauenschriften oft in ganz unerhörter Weise übertrieben, wahrscheinlich weniger aus Lust an Schwarzmalerei, als aus der Unfähigkeit, eine Statistik richtig zu lesen. So findet sich in einem viel an-

geführten Buche\*) folgender Satz: „Wer solchen idealen Gründen nicht zugänglich ist, den sollten praktische Gründe bestimmen, für die Freiegebung akademischer Studien und der darauf begründeten Berufe auch für Frauen zu sprechen: ihre immer dringender werdende Not einerseits, die Notwendigkeit, sie in gewissen Berufen thätig zu sehen andererseits. Die Notlage unter den deutschen Frauen leugnet man immer noch gern; es ist so sehr unbequem, sie zugeben zu müssen. Aber Zahlen beweisen. Nun gab es nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1885 in Deutschland 15 181 823 ehemündige, d. h. über 16 Jahre alte Frauen. Davon waren verheiratet 7 944 445, d. h. 52,3 Prozent, ledig 5 155 241, d. h. 34 Prozent, verheiratet gewesen 2 082 137, d. h. 13,7 Prozent. Es sind demnach in Deutschland 7 237 378 Frauen, d. h. 47,7 Prozent, die sich stets wieder ergänzen, ohne »natürlichen Verfolger,« ganz abgesehen davon, daß viele, die einen solchen besitzen (!), auch nicht versorgt sind.“ Die folgenden einschränkenden Ausführungen der Verfasserin werden gewöhnlich übersehen. Solche Angaben sind dann für eine Beurteilung der Frage ganz unbrauchbar. Denn erstens kann von den 16- bis 20-jährigen Mädchen keine in einem »akademischen Beruf« untergebracht werden. Von den 21- bis 25-jährigen werden ebenfalls erst wenige am Ziel sein, wenn nicht eine höchst bedenkliche Bevorzugung älteren Männern gegenüber Platz greifen soll. Ferner werden alle mehr als 55-jährigen in diesen Berufen nur sehr wenig thätig sein können. Von den 8439 preußischen Volksschullehrerinnen hatten nur 107 mehr als 35 Dienstjahre und nur 281 ein Lebensalter von 55 und mehr Jahren, von den 1310 Lehrerinnen an Mittelschulen und höhern Mädchenschulen hatten nur 96 die Grenze von 55 Lebensjahren überschritten, und nur 11 hatten über 35 Dienstjahre. In dem Alter von 25 bis 55 Jahren, die für weibliche Beamte u. s. w. in Betracht kommen, lauten diese Zahlen glücklicherweise wesentlich anders. Hier wurden 1890 neben 6519338 verheirateten nur 1634225 ledige und 714864 verwitwete Frauen gezählt. Die Ledigen machten aus:

im Alter von 25 bis 30 Jahren	30,4 Prozent
„ „ „ 30 „ 35 „	19,3 „
„ „ „ 35 „ 40 „	13,3 „
„ „ „ 40 „ 45 „	11,4 „
„ „ „ 45 „ 50 „	10,5 „
„ „ „ 50 „ 55 „	10,5 „

Ledig bleiben, soweit der Tod nicht vorzeitige Ernte hält, aus natürlichen und wirtschaftlichen Gründen etwa 10 Prozent der Frauen überhaupt. Auch von diesen 10 Prozent erfüllt ein großer Teil stellvertretend Hausfrauen- und Mutterpflichten, sodaß es unbedingt ein fundamentaler Grundsatz unsrer öffentlichen und privaten Erziehung bleiben muß, das Mädchen für den Haushalt zu erziehen und die besondere Berufsbildung, soweit eine solche nötig ist, möglichst so einzurichten, daß der Beruf vom Hause nicht zu weit abführt, im Notfall auch in der Ehe ausgeübt und im Witwenstande wieder ergriffen werden kann.

Ein ebenso verbreiteter Irrtum ist der, daß unsre ledigen Frauen auch unter den günstigsten Verhältnissen keinen Ehemann finden würden, da sie in der Überzahl vorhanden seien. Man übersieht hierbei, daß sich das Heiratsalter bei den Männern auf einen längern Zeitraum erstreckt als bei den Frauen, und dadurch der geringe Frauenüberschuß im heiratsfähigen Alter mehr als ausgeglichen wird. Die allgemeine Annahme geht dahin, es gebe mehr heiratsfähige ledige Männer als Frauen. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Die Überzahl von etwa einer

\*) Frauenbildung. Von Helene Lange. Berlin, 1889.  
Grenzboten II 1894

Million Frauen, die wir in Deutschland haben, betrifft größtenteils die höhern, nicht mehr heiratenden Altersklassen und wird hier von der Überzahl der Witwen herbeigeführt. Deutschland hatte 1890 2157867 Witwen, von denen 1158712 über 60 Jahre alt wären, dagegen nur 774697 Witwer, davon 506319 im Alter von mehr als 60 Jahren. Die Zahl der Witwen von 50 bis 60 Jahren übertrifft die Zahl der Witwer um 370000. In diesen Zahlen steckt nicht nur der ganze Überschuß, sondern es wird auch noch ein Teil des Frauenmangels bei den Ledigen aufgehoben. In den besonders in Betracht kommenden Jahren, im Alter von 21 bis 40 Jahren, sind bei weitem mehr ledige Männer als Frauen vorhanden, was folgende Zahlen beweisen.

Es wurden 1890 in Deutschland gezählt:

	Ledige Männer	Ledige Frauen
21 bis 25 Jahre alt	1490362	1174838
25 " 30 " "	933207	692928
30 " 35 " "	387462	332794
35 " 40 " "	196499	198835
21 bis 40 Jahre alt	3007530	2399395

Also mindestens 600000 Männer würden unbeweiht bleiben müssen, wenn jeder geneigt und in der Lage wäre, mit einer ledigen Frau im heiratsfähigen Alter eine Ehe einzugehen. Zieht man die verwitweten Personen dieses Alters mit in Betracht, so wird der Männerüberschuß um 100000, also auf eine halbe Million vermindert. Immer noch eine stattliche Zahl!

Daß so viele Männer erst im vorgerückten Alter heiraten, hat vor allem wirtschaftliche Gründe. Den tiefsten Stand hatte seit 50 Jahren die Heiratszahl in den traurigen Jahren 1847 und 1854/55, den höchsten 1872/73. Aber zweifellos wäre ein großer Teil der Junggesellen, insbesondere der Beamten, in der Lage, eine Familie zu erhalten. Hier könnte ganz gut etwas nachgeholfen werden. Wenn der preussische Staat den katholischen Pfarrern nur 1800 bis 2400 Mark, den evangelischen dagegen 2400 bis 3600 Mark verbürgt, so hat er damit ein Muster gegeben, das sich ohne irgend welche Härten auf die gesamte Beamtenbesoldung anwenden ließe. In den westlichen Provinzen Preußens wird den verheirateten Volksschullehrern meist ein doppelt so hoher Wohnungszuschuß gezahlt als den unversehrten, ein Anfang, der weiter ausgedehnt werden sollte. Als selbständiger Gewerbetreibender kommt der Junggeselle in der Regel nicht genügend vorwärts, warum soll der Staat ihn so weich betten, daß er sich von seinen Pflichten gegen das andre Geschlecht drückt? Übrigens wird die Zahl der unversehrten Beamten im höhern Alter oft überschätzt, weil man sich nicht die Mühe nimmt, näher nachzusehen. So ist z. B. zwar ein volles Drittel der preussischen Volksschullehrer unversehrt, aber unter den mehr als 35 Jahre alten Lehrern betragen die Junggesellen nur  $2\frac{1}{2}$  Prozent, auf das Alter von 30 bis 35 Jahren fallen auch  $2\frac{1}{2}$  Prozent, alle andern Junggesellen sind 20 bis 30 Jahre alt.

Ebenso unrichtig ist die Anschauung, daß die Gelegenheit zur Verheiratung in den letzten Jahrzehnten geringer geworden sei. Seit 50 Jahren ist das nicht der Fall. Es kommen heute auf 1000 Einwohner 8,03 Eheschließungen; 1841 war es etwa dieselbe Zahl. In der Zwischenzeit hat die Zahl nach unten und nach oben geschwankt, dem Gange der wirtschaftlichen Entwicklung folgend. Die Zahl der Verheirateten ist heute in Deutschland sogar etwas höher als vor 20 Jahren (1871: 33,54 Prozent, 1890: 33,93 Prozent).

Unsre Anschauungen über die Stellung der Frau zu und in der Familie zu

ändern, liegt nicht die mindeste Veranlassung vor. Was zu thun ist, hat der Artikel in Heft 11 zweifellos richtig angedeutet. Nicht die moderne sogenannte „Frauenbewegung“, die bei Lichte besehen nur eine Agitation unbefriedigter Frau-  
strümpfe ist, zeigt den richtigen Weg, sondern die bei weitem ruhigeren Bestrebungen, die dahin gehen, das Mädchen auch in den mittlern und höhern Klassen in mehr  
praktischem Sinne für Haus und Beruf zu erziehen. Wahrscheinlich ist es richtig,  
daß sich von den gebildetsten Mädchen in Deutschland eine verhältnismäßig kleinere  
Zahl verheiratet als von den Mädchen der untern Klassen. Ein statistischer Nach-  
weis liegt zwar nicht vor, aber der Augenschein ist hier Beweis, und einige Zahlen  
geben wenigstens einen Anhalt. Wenn im Jahre 1891 von den 9749 an den  
öffentlichen Schulen Preußens thätigen Lehrerinnen und den übrigen öffentlichen  
weiblichen Beamten nur 264 zur Ehe gelangten, so ist das allerdings eine be-  
scheide Zahl. Aber der Grund liegt schwerlich darin, daß diese Frauen zu ge-  
bildet waren, sondern darin, daß ihnen zu ihrer auch fürs Eheleben höchst schätzens-  
werten allgemeinen Bildung die praktische Ergänzung fehlte, die der Hausfrau nun  
einmal nicht geschenkt werden kann. Schon vor hundert Jahren haben die größten  
deutschen Dichter nicht ihre geistreichen Freundinnen, sondern praktisch erzogene  
Mädchen geheiratet. Wir sind mit unsrer „höhern“ Töchtererziehung heute aber  
noch mehr auf dem Holzwege als damals.

Trotz aller Erziehungsfehler würde jedoch manches dieser Mädchen noch einen  
ihm entsprechenden Mann finden, wenn wir unsre Töchter nicht eigentlich alle im  
Kloster hielten, sondern ihnen mehr Gelegenheit gäben, wie die Angehörigen der  
untern Volksklassen, harmlos und ohne viel Förmlichkeit mit dem andern Geschlecht  
zu verkehren. Gemeinsamer Schulunterricht wie in Amerika, mehr gemeinsame an-  
spruchslose Fröhlichkeit, wie auf unsern Volksunterhaltungsabenden, das würde die  
jungen Leute einander näher bringen, und der Mann würde seine Blicke nicht ledig-  
lich dahin richten, wo sich der größte Geldsack und die glänzendsten Balltoben be-  
merkbar machen.

Daß die Frauen, insbesondere die erwachsenen Töchter, heute im Hause nicht  
mehr genügende Arbeit fänden, ist auch eine der beliebten unbewiesenen Redens-  
arten. Freilich hat ein großer Teil der Arbeiten das Haus verlassen, aber dafür  
sind andre eingelehrt. Wie käme es sonst, daß alle diese Haushaltungen, in denen  
angeblich die Töchter nichts zu thun finden, mit einem Dienstofften nicht auskommen,  
sondern mehrere haben müssen?

Die Frau muß heute, wie zu allen Zeiten, erwerben helfen, aber ihre Haupt-  
thätigkeit liegt ebenso wie zur Zeit unsrer Urgroßmütter im Hause. Die Frauen-  
frage mit dem vermehrten Angebot von Ärztinnen, weiblichen Post- und Telegraphen-  
beamten, Oberlehrerinnen u. s. w. lösen zu wollen, ist, auch abgesehen von der  
kleinen Zahl der betreffenden Stellen, ein Unsinn. Wo eine dieser Telegraphistinnen  
einrückt, wird eine Familie, also auch eine Frau, verdrängt. Die Frauenfrage rückt  
also keinen Schritt weiter. Die Frau Doktor und Frau Postsekretär verschwinden,  
das Fräulein Doktor und Fräulein Postsekretär treten an ihre Stelle, die betreffenden  
Männer aber haben im gewerblichen Leben zu sehen, wo sie bleiben, und wenn  
sie hier kein Unterkommen finden, sich ins Ausland zu wenden. Das ist das ganze  
Heil, das uns aus dieser Art von Frauenreformbestrebungen winkt. Alles in allem  
wird man sich dafür schön bedanken müssen. Wo überschüssige weibliche Arbeits-  
kraft vorhanden ist, da sind Hunderttausende von ungenügend erzogenen Kindern zu  
überwachen, da bieten Komtor, Kaufladen und die weibliche Industrie Gelegenheit  
wenn auch nicht zu so sicherem, so doch für ein alleinstehendes Mädchen ausreichendem

Erwerb, der zugleich eine prächtige Schule für den Hausfrauenberuf bildet und neben und nach diesem, wenn es not thut, wieder ergriffen werden kann, ohne daß jedem einzelnen Mädchen eine Familie zum Opfer fällt. Für die Witwen, die zu 54 Prozent über 60 und zu 80 Prozent über 50 Jahre alt sind, kann nur eine ausgedehntere Witwen- und Waisenversorgung, Rentenversicherungen u. s. w. Hilfe schaffen. Neben den Mutterpflichten können auch jüngere Witwen einen vollen Beruf nur selten ausfüllen. Nicht gegen den Mann, wie sie vorgeben, kämpfen jene „Frauen,“ sondern gegen die Familie und die im Familienbunde wirksame Frau, und darum werden ihre von schreibseligen Federn so viel gepriesenen Bestrebungen immer nur als der mißverständne Interessenkampf einer kleinen Gruppe von weiblichen Wesen gelten können.

Das Schächtverbot in der Schweiz. In Heft 11 der Grenzboten sind in dem Artikel „Schulchan Aruch“ als Hauptprüfstein, die sittlichen Grundlagen eines Volkes zu erkennen, die für sein religiöses Bewußtsein zu Grunde liegenden Glaubensbücher hingestellt. Einzelne Vorgänge aus dem Leben des Volkes sind aber nicht minder dazu geeignet. Ein solcher Vorgang aus der Schweiz möge die von der unsrigen ganz verschiedene Denkweise des Judentums zeigen.

Durch Bundesratsbeschuß vom 22. Dezember 1893 ist in die Bundesverfassung der Schweiz ein Artikel aufgenommen worden, der das Schlachten der Tiere ohne vorherige Betäubung vor der Blutentziehung bei jeder Schlachtart und jeder Viehgattung ausnahmslos verbietet. Während nun der Bundesrat die Regierung der eidgenössischen Stände einladet, dafür zu sorgen, daß die neue Vorschrift der Bundesverfassung im Gebiete ihres Kantons befolgt werde, und während einzelne Kantonregierungen, wie die von Bern, Baselstadt und Solothurn, dahin zielende gesetzliche Bestimmungen erlassen haben, Solothurn mit dem Zusatz: „Das sogenannte Schächten ist unterjagt,“ will die israelitische Genossenschaft um die Erlaubnis nachsuchen, ihre Schlachttiere mit Alkohol zu betäuben. Der „Bund“ vom 12. Februar 1894 schreibt: „Auf Veranlassung der israelitischen Gemeinde wurden Freitags (soll wohl heißen: am Freitag) im Berner Schlachthof an einem Ochsen und zwei Schafen Betäubungsversuche mit Alkohol vorgenommen, die nach dem Urteile von (!) sachmännischer Seite (!) ergaben, daß durch diese Art der Betäubung dem Schächtartikel der Bundesverfassung vollständig entsprochen wird. Sollte (!) dieses Verfahren als zulässig erklärt werden, so ist (!) nur zu befürchten, daß aus ökonomischen Gründen den Schlachtieren die zur vollständigen Bewußtlosigkeit nötige Quantität Alkohol (beiläufig sechs Liter für einen Ochsen) nicht immer verabreicht [werden] würde, was dann einer Mißachtung der Verfassungsbestimmung gleichkäme.“ Der „Bund“ bemerkt zu dieser Mitteilung, daß das Experiment mehr Befremden als Vertrauen erzeuge, und daß sich der Tierschutzverein dieses Betäubungsmittels annehmen wolle.

Aber nicht genug damit: die am 2. Februar 1894 in Olten versammelten Rabbiner der Schweiz haben nach Zeitungsnachrichten beschlossen, dahin zu wirken, daß die Betäubung in allen Kantonen „einheitlich“ werde, damit keine Willkür Platz greifen könne. Es scheint demnach, als ob die Rabbiner eine Schnapsbetäubungsanstalt einrichten wollten, an der teilzunehmen auch die andern Metzger durch das Gesetz gezwungen werden sollen. Nach weitem Nachrichten wollen die Juden angesichts der allgemeinen Mißbilligung des Gebrauchs von Alkohol Äther zur Betäubung anwenden und haben auch damit schon Versuche gemacht.

In der That, die Juden in der Schweiz sind den Juden in Deutschland weit über. Aber vielleicht ahmen sie in Sachsen den vorzüglichen Gedanken nach, nachdem der Versuch, die Leipziger Messe zu boykotten, so kläglich gescheitert ist.

Redaktion und Administration. Als das Ableben Ludwig Kossuths täglich erwartet werden konnte, hatten wahrscheinlich alle ungarischen Zeitungen vorsorglich Nekrologe bereit gemacht, eine aber, Pesti Naplo, kündigte auf Zetteln mit Trauerrand an, die nächste Nummer werde nicht nur über Leben, Meinungen und Thaten des berühmten Agitators, sondern auch über seine letzten Augenblicke ausführlich berichten — vier oder fünf Tage vor seinem Tode! Als dieser Skandal im ungarischen Reichstage zur Sprache kam, erklärte der Abgeordnete Cornel Abranyi (was wohl „auf deutsch“ Cohn Abrahamson heißen dürfte: ein Herr dieses Namens war es, wenn wir nicht irren, der vor einigen Jahren eine politische Unterhaltung mit Bismarck veröffentlichte, die er in Wahrheit mit dem Thürsteher geführt haben mochte), er als Chefredakteur des Pesti Naplo, teile in vollem Umfange die allgemeine Entrüstung über den begangnen Unfug, an dem er natürlich vollkommen unschuldig sei. Er sei eben „Chefredakteur,“ die Zettel habe die durchaus „autonome“ — Administration der Zeitung ausgeschickt. Damit scheint die Sache erledigt gewesen zu sein. Die schöne Geschichte darf aber nicht in Vergessenheit geraten. Denn schärfer ist wohl noch nie der Zustand beleuchtet worden, in den unsre Tagespublizistik geraten ist, seitdem sie sich zum großen, vielleicht größten Teil in den Dienst der Zeitungsindustrie begeben hat. Die Administration, d. h. die Verwaltung des Versendungs- und Anzeigenwesens, ist „autonom,“ d. h. mit welchen Mitteln, anständigen oder unanständigen, sie ihre Geschäfte betreibt, darum darf sich die Redaktion nicht kümmern, wenn sie überhaupt Neigung dazu hätte; umgekehrt aber muß die Redaktion wohl bedacht sein, nicht die Kreise der Administration zu stören, etwa einen geschäftlichen Schwindel aufzudecken, der in den Inseratenpaltten angepriesen wird, u. dergl. m. Denn von den Inseraten lebt ja das Unternehmen, nicht von dem Abonnement. Wie lange wird das Publikum dieses Unwesens fördern, wie lange werden sich Zeitungsschreiber, die es mit ihrem Beruf ernst nehmen, dieses Unwesens gefallen lassen?



## Litteratur

Illustrierte Weltgeschichte. Fünfter Band, vom Beginn der großen Entdeckungen bis zum dreißigjährigen Kriege. 752 Seiten Lexikonoktav. Mit 340 Textabbildungen und 40 Beilagen und Karten. Sechster Band, vom dreißigjährigen Kriege bis zur Machthöhe Ludwigs XIV. 768 Seiten. Mit 457 Textabbildungen sowie 36 Beilagen und Karten. In dritter Auflage bearbeitet von Professor Dr. Otto Kaemmel. Leipzig, Otto Spamer, 1894

Wenn man dieses Werk mit dem guten alten Becker von 1828 vergleicht, so bekommt man einen deutlichen Begriff von dem technischen Fortschritt unsers Jahrhunderts. Die Menschen und Völker und ihre Werke werden lebendig vor unsern Augen. In den vorliegenden beiden Bänden finden wir zahlreiche größere Kunstblätter, die historische Szenen nach den Gemälden berühmter neuerer Meister dar-